

12. Lehrerinnen- und Lehrermangel an der Volksschule

Interpellation Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Renate Dürr (Grüne, Winterthur), Nora Bussmann Bolaños (Grüne, Zürich) vom 24. Februar 2020

KR-Nr. 70/2020, RRB-Nr. 338/1. April 2020

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Ich werde mich in meinen folgenden Ausführungen auch auf die Vorarbeit von Nora Bussmann, die heute krankheitsbedingt leider fehlt, stützen. Es ist eigentlich im weitesten Sinn auch ihre Rede, die ich jetzt halte.

Wir danken der Regierung für die Antworten, die wir nur bedingt aufschlussreich finden, aber sie sind nicht minder aktuell. Die Pensenplanungen für das nächste Schuljahr werden aktuell von den Schulleitungen gemacht. Auch dieses Jahr ist diese Planung ein riesiges Puzzle, und es wird jedes Jahr schwieriger, dass alle Schulen die letzten Teile in dieses Puzzle einfügen können. Besonders Kindergarten- und IF-Stellen (*integrative Förderung*) sind schwierig zu besetzen, aber auch in den anderen Stufen und in einzelnen Fächern haben wir einen extrem ausgetrockneten Arbeitnehmendenmarkt. Auch Vikarinnen und Vikare sind schwierig zu finden. Die Situation hat sich gegenüber dem Zeitpunkt der Einreichung dieser Interpellation von vor zwei Jahren nochmals verschärft: Der Hauptgrund ist klar das Bevölkerungswachstum, weitere Gründe sind die Alterspensionierungen und sicherlich auch die hohe Belastung und zum Teil die mangelnde Attraktivität und Anerkennung des Lehrerberufs. Zudem arbeiten an den Schulen viel Lehrkräfte Teilzeit.

Uns ist klar, dass eine zuverlässige Prognose schwierig ist, aber trotzdem hätten wir uns von der Regierung eine Schätzung zum Bedarf in den kommenden Jahren gewünscht. Corona hat für einmal mittelfristig bestimmt eine positive Wirkung: In Krisenzeiten interessieren sich mehr Menschen für eine Anstellung in einem sicheren Bereich. Die Anmeldungen an der PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) sind in letzten beiden Jahren gestiegen, aber schon in den Jahren zuvor war eine Zunahme der Studierendenzahlen zu verzeichnen. Wenn man die gemeldeten offenen Stellen im letzten Sommer schweizweit verglich, konnte man deutlich sehen, dass in Kantonen mit attraktiven Anstellungsbedingungen, wie zum Beispiel im Kanton Zug, kaum ein Lehrermangel herrscht. Natürlich sind die Löhne in Zürich im Vergleich mit anderen Kantonen hoch, aber entsprechend hoch sind eben auch die Lebenshaltungskosten bei uns. Wir sollten in Zukunft also vermehrt darauf achten, dass wir wieder eine positive Lohnentwicklung ermöglichen können.

Gegen den Lehrpersonenmangel gibt es kein Allerweltsmittel, aber die vom Regierungsrat als wichtigste Massnahme erwähnte Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades ist zwar mathematisch einleuchtend, in der Praxis aber weiterhin äusserst schwierig umzusetzen. Weiter würde auch die Anpassung gewisser Vorgaben helfen: Die Probleme mit kommunalen und kantonalen Anstellungen zum Beispiel bleiben weiterhin bestehen. Es ist schwierig, Lehrpersonen für einen

Wechsel oder eine Doppelanstellung zu gewinnen. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass an der PHZH Primarlehrpersonen ausgebildet werden, die anschliessend nur in bestimmten Fächern unterrichten dürfen. Auch das macht es zum Teil sehr schwierig, genau die Person mit dem richtigen Fächerprofil zu finden. Und so können manche einzelnen Fächer, das heisst einzelne Stunden an einer Klasse, kaum vergeben werden. Gerne verweisen wir an dieser Stelle auf das am 10. Mai 2021 eingereichte Postulat (*KR-Nr. 162/2021*) von Karin Fehr und Mitunterzeichnenden, mit dem der Regierungsrat aufgefordert werden soll zu prüfen, wie Primarlehrpersonen wieder als Allrounderinnen und Allrounder ausgebildet werden können.

In der Antwort auf die Frage 4 schreibt der Regierungsrat: «Es ist davon auszugehen, dass mehr zusätzliche Lehrpersonen benötigt werden, als in Zürich durch die PHZH und die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik ausgebildet werden können.» Wir stellen uns die Frage: Schön und gut, aber was folgert die Regierung daraus? Gern wüssten wir Interpellantinnen auch etwas über die Überlegungen der Taskforce Lehrermangel. Vielleicht haben Sie, Frau Regierungsrätin Steiner (*Bildungsdirektorin Silvia Steiner*) heute ein paar weitere Informationen zur Arbeit dieser Taskforce.

Damit in Zukunft unsere Schülerinnen und Schüler weiterhin auf eine gute Schulbildung an der Volksschule zählen können, braucht es einen entschiedenen Effort gegen den Lehrpersonenmangel auf allen Ebenen. Wir hier im Rat können dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für den Lehrberuf attraktiv bleiben. Dazu gehört nicht nur eine faire Entlohnung ihres ganzen Aufwandes, sondern eben auch ein grosser Gestaltungsspielraum.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Der Lehrkräftemangel wird uns auch künftig herausfordern und das Problem ist nicht einfach zu lösen. Zwei Bemerkungen: Es gibt bei der Attraktivität des Lehrberufes seit jeher eine Wellenbewegung. Läuft die Wirtschaft gut, gibt es zu wenig Studierende, und Lehrpersonen wechseln den Beruf. Läuft es in der Wirtschaft nicht so gut, ist das Gegenteil der Fall. Das zu wissen, nimmt ein wenig Dramatik aus der Situation. Zurzeit allerdings ist der Lehrpersonenmangel nicht nur konjunkturell bedingt, sondern auch dem Bevölkerungswachstum geschuldet. Dafür beschäftigen wir zunehmend Lehrpersonen aus dem Nachbarland und aus anderen Kantonen.

Zweitens: Die Ausbildung zur Lehrperson an der PHZH ist attraktiv und anspruchsvoll. Die Studierenden werden gut auf den Beruf vorbereitet. Wohl in keinem anderen Studium erfolgt die Ausbildung in Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenzen derart fundiert.

Die PHZH ist den Anfangsschwierigkeiten, welche sie die ersten 15 Jahre begleitet, entwachsen und entwickelt sich weiter. Dort liegt das Problem nicht begraben. Was müssen wir also tun, um trotz dieser guten Voraussetzungen genügend Lehrpersonen zu finden? Sie schlagen in der Interpellationsantwort eine Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads der Lehrpersonen um 4 Prozent vor, welche eine einfache Idee! Wird damit der Beruf attraktiver? Der tiefe Beschäftigungsgrad hat nämlich Ursachen: Da wäre einmal, dass Lehrpersonen im

Gegensatz zur Zeit von vor 20 Jahren für weniger Fächer ausgebildet werden und deshalb auch weniger einsetzbar sind. Das Schlüssel-Schloss-Prinzip von offenen Lektionen an einer Schule und dem, was die vorhandenen Lehrpersonen mitbringen, lässt oft gar keinen höheren Beschäftigungsgrad an der gleichen Schule zu, wenn man für ein Fach ausgebildete Lehrkräfte möchte. Und glauben Sie mir, man merkt einen Unterschied in der Unterrichtsqualität bei fehlender Ausbildung: mehr Aufwand, weniger gute Lektionen. Und das merken auch die Lehrpersonen und reissen sich deshalb nicht um fremde Fächer.

Da wäre als Nächstes der Berufsauftrag, der für die akademisch ausgebildeten Lehrpersonen haufenweise Sekretariatsarbeit enthält: Elternbriefe, Lagerhaus-Reservierungen und Schulreise-Abrechnungen, Material- und Lehrmitteleinkauf, ICT, Vorbereitungen in Schullabors. Sehr geehrte Frau Bildungsdirektorin, Sie kriegen ohne eine Erhöhung des Beschäftigungsgrads der Lehrpersonen locker 4 Prozent mehr Unterricht, wenn Sie die Lehrerinnen und Lehrer per Berufsauftrag von diesen Sekretariatsarbeiten befreien würden. Wir warten hier auf den längst fälligen Bericht zur Evaluation des neuen Berufsauftrags.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Kindergartenstufe sagen: Wenn es dort dann Lehrkräften mangelt, dann deshalb, weil man dazu heute eine Lehrerausbildung benötigt und sonst eine Kindergartenlehrperson zweiter Klasse ist. Wir haben in der Abstimmung zur prima-Initiative die Grundstufe abgelehnt. Die erste Version des Volksschulgesetzes scheiterte, weil die Bevölkerung im Kanton Zürich den Kindergarten nicht verschulen wollte. Und dennoch ist es heute nicht die Norm, zum Beispiel als Fachfrau Betreuung in einer Kinderkrippe oder aus der Fachmittelschule oder aus einer anderen Berufslehre ohne Matur Kindergartenlehrperson zu werden. Ich nehme immer anfangs der ersten Sek Berufswünsche der Schülerinnen und Schüler auf. Glauben Sie mir, Kindergartenlehrperson gehört oft dazu, auch für Jungs und Mädchen, die nicht in ein Gymnasium wollen und die eine sehr hohe Sozialkompetenz haben. Ausgerechnet letzte Woche hat uns stattdessen die Bildungsdirektion mit einer Vorlage bedient, welche Kindergartenlehrpersonen definitiv mit Primarlehrpersonen gleichsetzt, den separaten Studiengang abschafft. Ja, meinen Sie denn, Frau Steiner, mit einer Reduktion der infrage kommenden Interessentinnen und Interessenten nähme die Anzahl der Kindergartenlehrpersonen zu, erst recht, wenn sie dann mit der Ausbildung genauso gut an der Unterstufe arbeiten könnten? Klüger wäre es hier endlich den Unterschied zur Primarschule, zur Primarlehrperson wirklich zu leben und für die Kindergartenlehrperson eben genau nicht die Maturität und nicht eine Lehrerausbildung vorzusehen, sondern eine vollwertige Kindergartenlehrerausbildung, den normalen Weg dieser Ausbildung ohne Maturität zu ermöglichen. Das wünscht auch die Bevölkerung.

Damit schliesse ich. Wir sind weder mit der Interpellation noch mit den Antworten zufrieden und gespannt, wie die Diskussion weitergeht.

Monika Wicki (SP, Zürich): 3,5 Prozent aller Unterrichtslektionen, die gemäss Gesetz durch ausgebildete Lehrpersonen durchgeführt werden müssen, werden durch nicht ausgebildete Personen abgedeckt. Es fehlen Lehrpersonen für über

200 Klassen, auf Kinder umgerechnet bedeutet das, dass im Kanton Zürich rund 4000 Kinder nicht den Unterricht erhalten, den sie erhalten sollten. Sie sind sicher froh, wenn es nicht Ihr Kind ist, das davon betroffen ist. Dennoch werden nicht genug Lehrpersonen ausgebildet. Der Regierungsrat schreibt: «Es ist davon auszugehen, dass mehr zusätzliche Lehrpersonen benötigt werden, als in Zürich durch die PH Zürich und die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik ausgebildet werden.» Und was tut der Regierungsrat dagegen? Er hofft auf die Anhebung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads der Lehrpersonen. Das aber kann nicht einfach verordnet werden. Er bildet die Taskforce «Lehrermangel». Er macht Marketing. Mir scheint das nicht wirklich wirkungsvoll zu sein. Und ganz verschämt schreibt der Regierungsrat: «Darüber hinaus braucht es Anstrengungen aller Beteiligten aus Politik, Verwaltung, Ausbildungsinstitutionen, Verbänden, Gemeinden, Schulbehörden und der Schulleitenden und Lehrpersonen selber, um dem Mehrbedarf und Lehrpersonen zu begegnen und den Lehrberuf attraktiv zu halten. Das ist die Verantwortung abgeschoben. Was es wirklich braucht, ist: Schluss mit den Sparübungen im Bildungsbereich seitens Kantonsrat an der PH und HFH. Denn wer darunter leidet, sind die anderen Lehrpersonen, die die Arbeit machen müssen, vor allem aber die Kinder. Es braucht eine Anpassung des neuen Berufsauftrags an die tatsächlichen Verhältnisse der Lehrpersonen. Und es braucht eine Ausbildungsoffensive an PH und HFH statt Kürzung der Ausbildungsplätze. Es braucht eine Aufwertung des Lehrberufs, sei es durch Lohn, Weiterbildungsangebote oder in Form eines Master-Studiengangs. Nur so kann die Misere im Schulfeld beim Mangel an Lehrpersonen begegnet werden.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): In einer Bildungsdebatte im Kantonsrat darf natürlich der Lehrpersonenmangel nicht fehlen. Wir haben ja bei einem vorherigen Traktandum (*Vorlage 5722*) über den Mangel an schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen gesprochen, und da hätte ich gerne noch aufgezeigt, was denn aus Sicht der FDP wichtig wäre, um diesem Thema zu begegnen, nämlich ein konkreter Praxisbezug und Flexibilität.

Nun kommen wir aber zur Interpellation. Ich bin der Meinung, die Interpellantinnen werfen bei ihrem Fragekatalog durchaus die richtigen Fragen auf. Weiterhin ist nämlich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den Schulen sehr angespannt, gerade im Bereich Heilpädagogik und Kindergarten. Das belegen auch die Umfragen unseres Verbandes, des VZS (*Verband Zürcher Schulpräsidenten*). Der Fachkräftemangel beschäftigt die Schulen jahraus, jahrein, aber vor allem in den Frühlings- bis in die Sommermonate. Gegen Ende Schuljahr macht sich dann da und dort doch Panik breit, wenn Stellen nicht besetzt werden können. Gegenüber Schülerinnen und Schülern, gegenüber Eltern ist es nämlich auch nicht gerade leicht, vertreten zu müssen, dass als Notlösung stufenfremde Lehrpersonen eingesetzt oder gar Klassen zusammengelegt werden müssen. Daneben kostet die aufwendige Suche nach neuen passenden Lehrpersonen für ein Team gerade die Schulleitungen sehr viel Energie. Das alles ist nicht neu, aber es ist auch nicht schlecht, es wieder einmal im Rat zu sagen; vor allem auch angesichts dessen,

dass wir sicherlich auch in Zukunft mit steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen konfrontiert werden. Für die Kindergärten könnte es kürzlich mit der beabsichtigten Änderung der Lehrpersonalverordnung zu einer gewissen Erleichterung kommen. Der neue Studiengang und damit die Abschaffung der reinen Kindergartenlehrpersonenstufe sowie die angepasste Lohnsituation für die in den Kindergärten wirkenden Lehrpersonen dürften sich doch positiv auswirken. Gerade im Vergleich mit den anderen Kantonen schaffen wir ein Mittel, um mehr Personal in unseren Kanton zu ziehen. Für uns ist das ein Schritt in die richtige Richtung, auch für die Stärkung der als Eingangsstufe so wichtigen Kindergartenstufe. Aus Sicht der Schulen macht die gewonnene Flexibilität Sinn. Dank dem neuen Lehrgang können die Lehrpersonen in den ersten fünf Klassen, also zwei Kindergartenklassen und erste bis dritte Klasse, eingesetzt werden. Und es kann wirklich zum Teil dem Mangel an Fachkräften entgegengewirkt werden. Ich meine, das wäre für die betroffenen Gemeinden zentral, denn sie sind es ja auch, die den allergrössten Teil der anfallenden Mehrkosten bezahlen müssen.

Zur Situation der Heilpädagogik haben wir uns bereits geäussert. Diverse andere Umstände werden nun in der Antwort angeschnitten, um dem Lehrpersonenmangel zu begegnen: wann die Lehrpersonen in den Beruf einsteigen, wie hoch ihr Beschäftigungsgrad ist, wie mobil und wie belastet sie sind und wie lange sie im Beruf verweilen. Das sind nun nicht etwa die Antworten der Regierung, es sind die Feststellungen der Interpellantinnen. Und von der Regierung hätten wir genau zu diesen Punkten gerne etwas mehr erfahren. Die zentralste Frage der Interpellantinnen ist sicherlich jene nach den Massnahmen, die der Regierungsrat plant, damit die Schulen über genügend Personal verfügen. Es geht also nicht um eine Beschreibung des Zustandes, sondern es ging um eine Frage nach den Massnahmen. Und es versteht sich von selbst, dass keiner die Antwort der Regierung zu diesem Punkt anzweifeln würde, dass es Anstrengungen von allen Seiten brauche, Politik, Verwaltung, Verbände, Behörden, Ausbildungsstätten, um den Lehrpersonenberuf attraktiv zu halten.

Nur eben, wie genau hilft uns das, dem Lehrpersonenmangel zu begegnen? Diese Antwort bleibt die Regierung uns grösstenteils schuldig. Als zentral bewertet sie die Anhebung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades, eine nicht so ganz einfache Massnahme, die nämlich ohne das Verständnis der Lehrpersonen gar nicht zum Tragen kommen kann und die oft organisatorisch auch nicht umgesetzt werden kann. Sie wird aber den Gemeinden zugewiesen. So rät die Regierung etwas verklausuliert den Gemeinden, den Beschäftigungsgrad einfach zu erhöhen. Keine leichte Aufgabe, das kann ich Ihnen sagen, wenn wir doch alle nur froh sind, wenn wir überhaupt genügend Personal haben. Und wir können es nicht riskieren, dass Bewerbende abspringen, indem wir ihnen ein noch grösseres Pensum überbürden.

Ein gewisses Potenzial sehen wir im neuen Berufsauftrag. Da gäbe es sicherlich da und dort Stellen, an denen geschaltet werden könnte. Aber dazu müsste eben dieser längst fällige Bericht vorgelegt werden. Das Thema wird uns weiter erhalten bleiben.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Zuerst hier vielleicht noch kurz zu meiner Person: Seit 35 Jahren unterrichte ich ununterbrochen an der gleichen Sekundarschule.

In dieser Interpellation werden dem Regierungsrat verschiedene Fragen zum bevorstehenden Lehrermangel gestellt. Die Antwort lässt aufhorchen: Zuerst einmal anerkennt nämlich der Regierungsrat, dass im Kindergarten die Arbeitsmarktsituation anspruchsvoll bleibt, sich die Situation in der Primarschule verschärfen wird und dass für die Sekundarschule erste Engpässe bei der Stellenbesetzung erwartet werden. Dabei ist davon auszugehen, dass mehr zusätzliche Lehrpersonen im Kanton Zürich benötigt werden, als an der PH ausgebildet werden. Der Befund ist offensichtlich und wird vom Regierungsrat bestätigt.

Und jetzt kommen im Bericht die vom Regierungsrat geplanten Massnahmen. Massnahmen? Fehlanzeige. Das Einzige, was dem Regierungsrat dazu einfällt, ist, dass der Beschäftigungsgrad der Lehrpersonen erhöht werden soll. Es ist eben auch ein Fakt, dass dieser sehr tief liegt. Wie die Erhöhung gehen soll, schreibt der Regierungsrat auch: mit dem Einverständnis der einzelnen Lehrpersonen. Dies ist mittlerweile auch die offizielle Sprachregelung der Bildungsdirektion an verzweifelte Schulleiterinnen, wenn sie fragen, wie denn offene Stellen besetzt werden sollen. Da heisst es: Sagen Sie doch Ihren Lehrpersonen, sie sollen mehr arbeiten. Mir scheint, dass der Bildungsdirektion der Tatsache des Lehrermangels eher hilflos gegenübersteht. Dabei scheint klar: Werden die Rahmenbedingungen besser, erhöht sich die Verweildauer im Beruf und vielleicht auch die Bereitschaft, mehr zu arbeiten. Und liebe Bildungsdirektion, lieber Kantonsrat, ja, es braucht Anstrengungen, damit Schulleiterinnen und Schulleiter wieder eine Auswahl bei einer Stellenbesetzung haben und nicht einfach froh sind, wenn die Stelle irgendwie besetzt werden kann, die zu erteilenden Stunden mindestens vorübergehend mal abgedeckt sind. Der Lehrerberuf muss attraktiv bleiben. Wir brauchen gute und begeisterte Lehrerinnen und Lehrer.

Die Fragestellungen dieser Interpellation werden noch in diesem Jahr wieder aufpoppen: bei der längst fälligen Öffentlichmachung der Evaluation des neuen Berufsauftrags oder beim nächsten Budget. Die Lehrperson ist entscheidend für den Lernerfolg unserer Schülerinnen und Schüler. Es braucht Massnahmen, damit der Lehrerberuf wieder attraktiver wird, damit die Bildungsqualität mindestens erhalten werden kann.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): In welchem Beruf kann man so entscheidend die Zukunft prägen wie als Lehrperson? Eine Lehrperson, die heute ihre Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule beendet und 40 Jahre im Schuldienst ist, wird Schülerinnen und Schüler begleiten und prägen, von denen manche das Jahr 2150 erleben werden. Erstaunlich eigentlich, dass man beim so visionären Beruf über Lehrpersonenmangel sprechen muss. Aber natürlich sind mir als Schulpräsident auch die herausfordernden Seiten des Lehrerinnen- und Lehrerberufs wohlbekannt: steigende Anforderungen durch immer heterogenere Klassensituation, zunehmender Aufwand durch verstärkten individualisierten Unterricht, laufend zusätzliche Aufgaben, die der Schule delegiert werden, wach-

sende Ansprüche der Eltern und mit einigen von ihnen bisweilen schwierigste Situationen und Gespräche auch in die Abendstunden hinein. Und für alle erforderlichen Aufgaben reicht die vorgesehene Arbeitszeit bei manchen Lehrpersonen nirgendwohin, wirklich kein einfacher Beruf.

Ich bin daher sehr dankbar, dass die Regierung in dieser Interpellationsantwort keine einfachen Antworten gibt, sondern mit der Taskforce «Lehrermangel», mit der PH und den Schulverbänden zusammen kurz- und längerfristige Massnahmen erarbeitet. Auch wir als Verband der Zürcher Schulpräsidien leisten dabei gerne unseren Beitrag. Wir begrüssen in diesem Zusammenhang auch die letzte Woche veröffentlichten Beschlüsse des Regierungsrates zur Stärkung des Kindergartens als Fundament der Volksschule und wir hoffen sehr, dass der Kantonsrat diese Beschlüsse dann auch mitträgt. Im Weiteren sind wir gespannt auf die Erkenntnisse der Bildungsdirektion im Zusammenhang mit dem Berufsauftrag und der Arbeitszeit. Zürcher Lehrperson verdienen zwar gut, aber sie müssen dafür auch überdurchschnittlich viel unterrichten. Die wirksamste Massnahme gegen Lehrpersonenmangel, schreibt die Regierung in dieser Interpellationsantwort, wäre die Anhebung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads der Lehrpersonen, der aktuell bei 68,6 Prozent liegt. Nur 4 Prozent mehr würden den Bedarf um 1000 Lehrpersonen senken. Das ist in der Tat eindrücklich und es sollte uns motivieren, die Bedingungen für Lehrpersonen so zu verbessern, dass man ein höherprozentiges oder ein gar 100-prozentiges Pensum auch fröhlich und über lange Zeit gesund stemmen kann. Lassen Sie uns in den kommenden Monaten und Jahren gemeinsam dafür sorgen, dass wir auch die nächste Generation in unserem Erfolgsmodell Volksschule mit motivierten Lehrpersonen gut ausbilden können, damit unsere Kinder die Herausforderungen der Zukunft bewältigen können.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich erlaube mir wiederum zwei Vorbemerkungen, die insbesondere verursacht sind durch Ihre Voten. Erste Vorbemerkung: Wir sind ein ausgesprochen attraktiver und halt auch ein sehr junger Kanton. Die Zunahme der Schülerzahlen basiert nicht nur auf der höheren Geburtenrate, sondern eben auch auf der Binnenmigration. Also während wir Schulhäuser bauen, muss mein Kollege im Bündnerland die Schulen schliessen und die Schulhäuser leer stehen lassen. Zum Zweiten, das habe ich heute schon einmal gesagt: Der Fachkräftemangel bezieht sich nicht nur auf technische Berufe und hochangesehene Ingenieurberufe im IT-Bereich, sondern der Fachkräftemangel ist in allen Bereichen spürbar, bis hin zur Floristin, wie Sie vielleicht kürzlich auch feststellen mussten. Wie man das bewältigen kann, ist eine Frage, die nicht sehr leicht zu beantworten ist. Wir planen auf verschiedenen Ebenen Gegenmassnahmen. Und die erste Gegenmassnahme wurde Ihnen letzte Woche für den Kindergartenbereich vorgestellt. Ich bin nicht der Meinung wie einer meiner Vorredner, dass die Kindergarten-Vorlage den Kindergartenberuf weniger attraktiv mache. Immerhin werden die Kindergartenlehrpersonen, wenn Sie dann dieser Vorlage folgen, in der gleichen Lohnklasse wie die Primarlehrerinnen und -lehrer eingestuft und die Ausbildung wird aufgewertet. Des Weiteren können Sie neben dieser Vorlage auch noch im März mit dem Bericht zum Berufsauftrag rechnen. Wir werden diesen Ende

März veröffentlichen und sind daran, eine Vorlage dazu zu erarbeiten. Selbstverständlich überlegen wir uns bei dieser Vorlage, wie man den Beschäftigungsgrad beeinflussen kann. Die Vorlage geht an den Kantonsrat, denn Sie haben den Berufsauftrag legiferiert. Sie werden es dann in der Hand haben, allenfalls bessere Ideen zu entwickeln oder unsere Optimierungen zu übernehmen.

In Ergänzung zu den Ausführungen des Regierungsrates informiere ich Sie aber gerne auch noch über die aktuelle Situation der Stellenbesetzung: Im Schuljahr 2021/2022 war und ist sie gegenüber dem Vorjahr etwas angespannter gewesen. Ein Vergleich mit dem ersten Corona-Jahr (*Corona-Pandemie*) 2020 ist aber wenig aussagekräftig. Die damalige Unsicherheit und insbesondere der Vorteil einer krisensicheren Stelle führten kurzfristig zu einer spürbaren Entlastung der Arbeitsmarktsituation. Im Kindergarten trat im Sommer 2021 der letzte übergrosse Jahrgang in die Primarschule über. Diese sechs übergrossen Jahrgänge sind die Folge der Verschiebung des Eintrittsstichtags von Ende April auf Ende Juni. Da die Schülerzahlen generell weiter stark steigen, bleibt die Arbeitsmarktsituation dennoch weiterhin anspruchsvoll. In der Primarschule verschärfte sich auf Beginn des Schuljahres 2021/2022 die Stellenbesetzungssituation, da in diesem Schuljahr alle sechs übergrossen Jahrgänge im Primarschulalter sind. Für die Sekundarschule beschränken sich Engpässe bei der Stellenbesetzung auf einzelne Schulen. Da ab Schuljahr 2022/2023 die ersten übergrossen Jahrgänge in die Sekundarstufe übertreten werden, wird auch künftig auf dieser Schulstufe ein Engpass zu verzeichnen sein. Die wirksamste Massnahme zur Sicherstellung der genügenden Anzahl Lehrpersonen wäre die Anhebung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads der Lehrpersonen, das wurde mehrfach erwähnt. Dieser lag im Schuljahr 2021 bei 69 Prozent. Die Auswertung fürs Schuljahr 2021/2022 steht noch aus. Damit ist der Beschäftigungsgrad ganz leicht gestiegen. Im Vorjahr war er 68,6 Prozent. Diese Massnahme kann – das wurde auch schon gesagt – nur im Einverständnis der einzelnen Lehrpersonen umgesetzt werden.

Unter der Leitung des Volksschulamtes erarbeitet die Taskforce «Lehrermangel», in der die PHZH, der Verband der Zürcher Schulpräsidien und der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter Zürich vertreten sind, kurzfristige und längerfristige Massnahmen. Es finden verschiedene Rekrutierungsaktionen statt, um mehr Studierende für ein Studium an der PHZH zu bewegen. Darüber hinaus braucht es aber – und diese Bemerkung kann ich mir einfach nicht ersparen, auch wenn sie schon zum vornherein stark kritisiert wurde –, es braucht die Anstrengungen aller Beteiligten aus Politik, Verwaltung, Ausbildungsinstitutionen, Verbänden, Gemeinden, Schulbehörden und der Schulleitenden und Lehrpersonen, um dem Mehrbedarf an Lehrpersonen zu begegnen und den Lehrberuf an der Volksschule attraktiv zu halten.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.

